

22. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG am 31. März 2012 in Fürstenwalde/Spree

Beschluss

Seite 1 von 2

1 **Urheberrecht und Neue Medien liberal gestaltet**

2
3 Die FDP Brandenburg hält an der Idee des schützenswerten Einfalls fest. Liberale setzen auf
4 die Kreativität der Menschen. Kreativität als Leistung ist aber anreizlos, wenn Einfälle nicht
5 geschützt und so wirtschaftlich nutzbar gemacht werden können.
6

7 8 **Fair Use-Klauseln statt „Schulhofkriminalisierung“**

9 Im bisher geltenden Urheberrecht stehen beim „Filesharing“ – der direkten Datenweitergabe
10 über das Internet – die Schadenersatzansprüche der Rechteinhaber in keinem Verhältnis zum
11 im Einzelfall tatsächlich entstandenen wirtschaftlichen Schaden, da die von den Gerichten
12 angewandte Methode zur Schadensberechnung hier völlig realitätsfern ist. Gleiches gilt für die
13 harte strafrechtliche Verfolgung. Daher setzt sich die FDP Brandenburg für eine Reformierung
14 der rechtlichen Bestimmungen weg von einer „Schulhofkriminalisierung“ ein. Vorbild soll dafür
15 das Fair-Use-Copyright-System sein, dass sich in einer Anpassung der
16 Schrankenbestimmungen des deutschen Urheberrechts wieder finden soll.
17

18 Auch unabhängig von einer Fair-Use-Regelung setzen wird uns für ein Urheberrecht ein, dass
19 mit weniger, aber dafür generell gefassteren Bestimmungen zur legalen Verwendung
20 urheberrechtlich geschützten Materials auskommt. Das schafft Transparenz und
21 Rechtssicherheit!
22

23 Als vollkommen unverhältnismäßig sieht die FDP Brandenburg das unter anderem in
24 Frankreich praktizierte so genannte „Three-Strikes-Out“-Modell an, bei dem Personen nach
25 dreimaligem Urheberrechtsverstoß im Internet der Internetzugang ohne Warnung gesperrt wird.
26 Wir fordern unsere Mandatsträger auf, bei diesem Thema im Europäischen Parlament und im
27 Ministerrat gegen einen drastischen europaweiten Bürgerrechtseingriff zu votieren. Das Internet
28 ist ein zumindest sozial überlebenswichtiges Medium, dass einem nicht wegen kleinerer
29 Verstöße vorenthalten werden darf!
30

31 32 **Urheberrecht und Fragen der Rechtsverfolgung**

33
34 Vor allem wegen des Auftretens des Internets und der damit verbundenen Demokratisierung
35 von Kultur, Medien und Informationsaustausch, sieht die FDP Brandenburg grundlegenden
36 Veränderungsbedarf bei urheberrechtlichen Regelungen. Da inzwischen ein praktisch kosten-
37 und aufwandsloses Kopieren durch den Kunden möglich ist, haben sich neue Trägermedien
38 entwickelt und neue Vermarktungsmodelle Einzug gehalten. Das geltende Urheberrecht muss
39 vor diesem Hintergrund vollkommen neu gedacht und an die Medienrealität angepasst werden.
40

41 Aktuell plant die Bundesregierung ein sogenanntes "Leistungsschutzrecht" für Verleger,
42 welches für die Nutzung von automatisiert erstellten "Snippets", also verlinkte Überschriften
43 samt kurzem Textanriss, eine Zahlungsverpflichtung an eine Verwertungsgesellschaft einführen
44 soll. Dieses Vorhaben lehnt die FDP Brandenburg vehement ab, da dieser nationale Alleingang
45 Kernelemente des Internets einschränkt und der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs
46 widerspricht.
47

48 Auch eine Providerhaftung für Urheberrechtsverstöße ist abzulehnen. Eine derartige Haftung
49 hätte zur Folge, dass sich für Servicedienstleister (ISPs – Internet Service Providern)
50 umfangreiche Prüf- und Löschpflichten ergäben, um sich von Schadensersatzansprüchen
51 freizuhalten. Für nicht dauerhaft im Internet präsente Inhalte droht eine Filterung des
52 Datenverkehrs, um problematische Inhalte (Musik, Videos, Dokumente, Texte) ausfindig zu
53 machen.

54
55 Eine solche Kontrollpflicht ist nicht von rechtstaatlichen Befugnissen gedeckt. Sie unterliegt
56 auch keiner rechtstaatlichen Kontrolle. Aufgrund dieser Folgen ist die Idee einer umfassenden
57 Providerhaftung - schon allein wegen der damit verbundenen Missbrauchsgefahr - abzulehnen.
58

- 59
60 **Für zeitgemäße und faire Regeln**
61
- 62 • Abgaben auf Vervielfältigungsgeräte, wie etwa „CD/DVD-Brenner“, gehören abgeschafft,
63 denn entweder gibt es ein Verbot von Kopien oder eine Abgabe, aber eine Abgabe auf
64 etwas Verbotenes schließt sich logisch aus.
 - 65 • Instrumente mit sehr weitgehenden Bürgerrechtseingriffen, wie etwa die
66 Vorratsdatenspeicherung, sind keine verhältnismäßigen Maßnahmen zur Durchsetzung von
67 Urheberrechtsansprüchen. Eine Anwendung muss daher ausgeschlossen werden.
68

69
70 **Creative Commons und möglichst freie Lizenzen für staatlich oder gemeinschaftlich**
71 **finanzierte Inhalte**
72

73 Das Internet hat viele neue Wege zur Verbreitung von kulturellen Werken geschaffen. Creative
74 Commons Lizenzen bieten eine neue Möglichkeit Texte, Bilder, Musik und Videos zu verbreiten.
75

76 Die FDP Brandenburg begrüßt diese neue Entwicklung. Die FDP Brandenburg sieht
77 diesbezüglich Nachholbedarf bei staatlich bzw. gemeinschaftlich finanzierten Inhalten:
78

- 79 • Staatlich geförderte wissenschaftliche Veröffentlichungen sollen unabhängig von der
80 wirtschaftlichen Verwertbarkeit der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden („open
81 access“). Von dieser Regel soll nur in begründeten Ausnahmen abgewichen werden
82 können. Dies kommt den Wissenschaftlern entgegen, die so einen besseren Austausch
83 pflegen können, aber auch der Allgemeinheit, die sich leichter informieren und bilden kann.
- 84 • Wir fordern, dass die Produktionen des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks im Rahmen der
85 Lizenzen verwendeter externer Bestandteile, nach Möglichkeit gemeinfrei veröffentlicht
86 werden, ansonsten unter einer möglichst freien Lizenz (Creative- Commons-Lizenzen
87 eingeschlossen).